

Protokoll 31 des Grossen Stadtrates von Luzern

– **Donnerstag, 1. Dezember 2022 10.00 Uhr – 16.40 Uhr**
– **im Regierungsgebäude Kanton Luzern, Kantonsratssaal**

Teilgenehmigung: Traktandum 4

Vorsitz	Ratspräsident Christian Hochstrasser
Präsenz	Anwesend sind 46 bzw. 47 Ratsmitglieder.
Entschuldigt	Christina Lütolf-Aecherli den ganzen Tag, Lisa Zanolla ab 16.15 Uhr
Präsenz Stadtrat	Der Stadtrat ist vollständig erschienen.
Präsenz Stadtschreiberin	Michèle Bucher
Protokoll	Franz Lienhard und Karin Spinnler Schmid

Vom Grossen Stadtrat genehmigt am 22. Dezember 2022

Verhandlungsgegenstände

Zu Beginn der Sitzung erfolgt die Vereidigung von Diel Tatjana Schmid Meyer (Nachfolgerin von Michael Zeier-Rast) als neues Ratsmitglied durch den Ratspräsidenten.

1	Mitteilungen des Ratspräsidenten	2
2	Wahl eines Mitgliedes in die Bildungskommission sowie Wahl des Vizepräsidiums (Nachfolge von Michael Zeier-Rast)	2
3	Wahl eines Mitgliedes in die Sozialkommission (Nachfolge von Silvana E. S. Leasi)	2
4	Bericht und Antrag 26 vom 21. September 2022: Aufgaben- und Finanzplan 2023–2026 mit Budgetentwurf 2023	2
5	Bericht und Antrag 31 vom 28. September 2022: Beteiligungsstrategie 2023–2026 – Übergeordnete normative und politische Vorgaben für wichtige Beteiligungen	21
6	Bericht und Antrag 28 vom 21. September 2022: Fachstelle Gleichstellung Stadt Luzern – Aufbau, Aufgaben und Organisation – Abschreibung Motion 249	21
7	Interpellation 177, Mirjam Fries und Peter Gmür namens der Mitte-Fraktion vom 13. Mai 2022: Buvette auf dem Europaplatz	21
8	Postulat 190, Claudio Soldati, Raphaela Meyenberg und Mario Stübi namens der SP-Fraktion	

vom 19. Juli 2022:
«Housing First» in Luzern

21

Beratung der Traktanden

- 1 **Mitteilungen des Ratspräsidenten**

- 2 **Wahl eines Mitgliedes in die Bildungskommission sowie Wahl des Vizepräsidiums
(Nachfolge von Michael Zeier-Rast)**

- 3 **Wahl eines Mitgliedes in die Sozialkommission
(Nachfolge von Silvana E. S. Leasi)**

- 4 **Bericht und Antrag 26 vom 21. September 2022:
Aufgaben- und Finanzplan 2023–2026
mit Budgetentwurf 2023**

EINTRETEN

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 3. November 2022 den B+A 26/2022: «Aufgaben- und Finanzplan 2023–2026» und das Budget 2023 beraten. Der Aufgaben- und Finanzplan wurde von der Kommission einstimmig zur Kenntnis genommen. Für Diskussionen während der Beratung haben insbesondere die Empfehlungen und Anträge aus der Sozialkommission des Grossen Stadtrates gesorgt. Die Sozialkommission forderte eine rasche Erhöhung der Ressourcen für die Existenzsicherung, den Erwachsenenschutz sowie den Kinder- und Jugendschutz. Die GPK hat diese Anträge jedoch abgelehnt, sie ist sich aber bewusst, dass die heutige prekäre Lage verbessert und die hohe Fallzahl pro Sozialarbeiterin und Sozialarbeiter rasch gesenkt werden müssen. Die GPK unterstützt das Anliegen im Grundsatz sehr, war jedoch der Ansicht, dass der Veröffentlichung des entsprechenden B+A aus der Sozial- und Sicherheitsdirektion im Frühjahr 2023 nicht vorzugreifen sei. Die GPK vertritt aber die klare Haltung, dass dringender Handlungsbedarf angezeigt ist.

Die GPK hat im Rahmen der Beratung mit einer knappen Mehrheit beschlossen, den Steuereffuss von heute 1,75 Einheiten auf 1,70 Einheiten fürs Jahr 2023 zu senken. Das Budget wurde mit einem Gesamtaufwand von Fr. 793'807'900.– und einem Gesamtertrag von Fr. 774'313'700.–, somit mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 19'494'200.– beschlossen. Mit dem Beschluss der GPK unterliegt das Budget dem obligatorischen Referendum. Die GPK hat zudem den Beiträgen aus dem Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport sowie dem Sonderkredit für zusätzliche Stellenprozente bei der Stadtkanzlei im Bereich Kommunikation zugestimmt.

Christa Wenger ist es wichtig, bevor sie zu den Themen Budget und Steuersenkung kommt, im Namen der G/JG-Fraktion für die Erarbeitung des Aufgaben- und Finanzplans zu danken. Er ist sehr übersichtlich und informativ, dahinter steckt eine grosse Arbeit. Einmal mehr sieht man klar, dass die Stadt bedeutende Herausforderungen und grosse Investitionen vor sich hat. Die Umsetzung der Klima- und Energiestrategie, die geplanten Investitionen – nur schon für die Schulhäuser 155 Mio. Franken –, die Einführung eines Tagesschulmodells: All das wird in den nächsten Jahren Planungs-, Arbeits- und Finanzkraft fordern.

Die G/JG-Fraktion begrüsst die Überbuchung des Investitionsplafonds und die zunehmenden Bemühungen, die geplanten Investitionen möglichst umzusetzen. Das sind Anliegen, auf welche die G/JG-Fraktion seit Jahren hinweist.

Im Budget werden erfreulicherweise die Massnahmen des Projekts ELAN umgesetzt, um die Budgetgenauigkeit zu verbessern.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den AFP für die Jahre 2023–2026 ein und wird von ihm Kenntnis nehmen. Das grosse Thema heute ist der Umgang mit der angekündigten Forderung, den Steuerfuss zu senken, und der Umgang mit dem angedrohten Referendum. Die G/JG-Fraktion ist nicht der Ansicht, dass die Stadt jedes Jahr mehr Vermögen anhäufen soll. Aber für sie ist genauso klar, dass der Grosse Stadtrat heute nicht über eine Steuersenkung diskutieren sollte. Hier einige Begründungen dazu:

- Wie alle wissen, kommen auf die Stadt grosse Herausforderungen und finanzielle Belastungen zu. Die Stadt Luzern wird in den nächsten Jahren viel Geld brauchen.
- Der Kanton senkt die Steuern und hat weitere Steuersenkungen geplant. Das wird sich voraussichtlich negativ auf die Finanzen der Stadt Luzern auswirken.
- Der G/JG-Fraktion ist es wichtig, dass sich die Stadt Luzern weiterentwickeln kann, wie es auch in den Legislaturzielen aufgezeigt ist.
- Prioritär für die G/JG-Fraktion bleiben alle Massnahmen, welche eine sozialverträgliche Bewältigung der Klimakrise ermöglichen und unterstützen.
- Es besteht dringender Handlungsbedarf bei der Fallzahlreduktion, GPK-Präsident Gianluca Pardini hat das vorhin ausgeführt. Der entsprechende B+A aus der Sozial- und Sicherheitsdirektion wird dem Grossen Stadtrat im Frühjahr aufzeigen, welche zusätzlichen Investitionen in ein wirksames und modernes Arbeiten nötig sind, damit die Stadt möglichst bald den Anforderungen in den Bereichen Existenzsicherung, Erwachsenenschutz sowie Kinder- und Jugendschutz gerecht werden kann.

Ganz grundsätzlich dienen Steuern dazu, dass die Stadt ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen kann, Aufgaben, die ihr vom Volk übertragen wurden. Steuereinnahmen sollen zugunsten der ganzen Bevölkerung eingesetzt werden. Es sind Investitionen zugunsten der Lebensqualität aller Menschen und zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt.

Eine Steuersenkung soll kein Dank an diejenigen sein, die mit ihren Gewinnen und ihrem Vermögen die unerwarteten Überschüsse bewirkt haben.

Eine Senkung des Steuerfusses kommt den Bevölkerungsschichten mit eher höheren Einkommen zugute, wohlhabende Personen profitieren überproportional. Auch aus diesem Grund hat die G/JG-Fraktion zusammen mit der SP-Fraktion die Motion 205 eingereicht. Mit den vorgeschlagenen Pro-Kopf-Beiträgen werden alle Menschen in dieser Stadt an den Überschüssen der vergangenen Jahre beteiligt.

Es ist deutlich: Die G/JG-Fraktion will keine Senkung des Steuerfusses. Sie will auch keinen budgetlosen Zustand. Wenn das Parlament nicht am Steuerfuss schraubt, braucht es keine Volksabstimmung und es kommt auch nicht zu einem budgetlosen Zustand.

Leider wird der Grosse Stadtrat heute voraussichtlich über eine Senkung des Steuerfusses abstimmen und damit auf jeden Fall einen budgetlosen Zustand auslösen. Um diesen möglichst kurz zu halten, wird die G/JG-Fraktion eventuell dann dem Budget trotzdem zustimmen.

In der Detailberatung wird die G/JG-Fraktion beim Personalaufwand eine Erhöhung um 2,5 Prozent statt um 2 Prozent fordern, entsprechend müsste am Schluss auch das Budget angepasst werden. Begründet ist diese Erhöhung mit der aktuellen Teuerung von gut 3 Prozent. Die Stadt soll eine faire und konkurrenzfähige Arbeitgeberin sein.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für den vorliegenden AFP mit dem Budget 2023. Der Bericht ist klar und übersichtlich gegliedert. Er liest sich wie ein Drehbuch für die Zukunft der Stadt Luzern. Er fasst übersichtlich die Vergangenheit zusammen, wo wir uns befinden, und zeigt – was der GLP-Fraktion ganz wichtig ist –, wohin wir uns als Gemeinschaft zusammen weiterentwickeln wollen.

Trotz den vielen weltweiten Krisen, die sich aneinanderreihen, sind wir auf kommunaler Ebene aufgefordert, unsere Hausaufgaben weiterhin zu machen und insbesondere den Blick auf die Zukunft zu richten: Ausstieg aus den fossilen Energien, jedes Haus ein Kraftwerk, Gleichstellung und Tagesschule, Verkehrswende mit neuen Formen der Mobilität usw.

Von den zukünftigen Entwicklungen beim Bund möchte die GLP-Fraktion besonders die Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung mit der hoffentlich baldigen Einführung der Individualbesteuerung hervorheben. Damit die Individualbesteuerung greift und die Frauen mehr arbeiten können, braucht es aber entsprechende Rahmenbedingungen. Die Forderungen sind nicht neu, sie sind allen bekannt: eine Elternzeit, eine für alle Eltern bezahlbare Kinderbetreuung und Tagesschule. Spätestens hier kommt die kommunale Politik ins Spiel. Selbstverständlich ist die gesetzliche Grundlage Sache des Bundes, aber die Umsetzung in Form von genügend Räumen in und um die Schulhäuser der Stadt ist Sache der Stadt, der Kommune. Da kann die Stadt beginnen, da muss sie nicht warten, bis sie das Go von Bern erhält, da kann sie jetzt umsetzen. Die GLP-Fraktion will die Tagesschule, und die Einführung, wie sie jetzt z. B. in Zürich umgesetzt wird, ist auch in Luzern längst überfällig.

Im vorliegenden B+A ist zu lesen, dass die Zahl der Lernenden langfristig zunimmt. Die räumlichen Bedürfnisse an Schulräumen und Tagesstrukturen sind aber jetzt schon am Limit. Für die GLP-Fraktion ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Schulraumplanung den kommenden Bedürfnissen angepasst wird. Innerhalb der letzten 100 Jahre hat sich die Lebenserwartung verdoppelt. Immer mehr Menschen erreichen ein hohes Alter. Gerade bei den Babyboom-Generationen berühren die Individualisierung von Lebensvorstellungen und Lebensverläufen immer stärker auch die späteren, nachberuflichen Lebensphasen. Das ist auch hier in der Stadt bemerkbar. Die neuen Modelle des aktiven und kompetenzorientierten Alterns führen zu einer verstärkten Dynamik der späteren Lebensphasen, die historisch neu ist.

Eine logische Folgerung für die Stadt ist, dass es mehr Raum, mehr Aussenraum braucht, es braucht Aufenthalts- und Begegnungsmöglichkeiten mit guter Qualität, oder diese Qualität muss verbessert werden. Mögliche Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum sind frühzeitig zu erkennen und aktiv anzugehen. Ein weiteres Standbein der GLP-Fraktion ist klar: Erfreulich ist, dass mit der Annahme der Klimastrategie die nötigen Grundlagen gelegt wurden, damit die Stadt ihren aktiven Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise beisteuern kann. Über 60 Prozent der Luzerner Stadtbevölkerung stehen hinter der Strategie und sagen Ja zu einem Umdenken und zu neuen Lösungen. Für die GLP-Fraktion ist klar: Auch in der Stadt Luzern muss jedes Haus ein Kraftwerk sein. Packen wir es an!

Zur Steuersenkung: In den letzten Jahren konnte die Stadt sehr hohe Einnahmen verbuchen. Teilweise waren das ausserordentliche Sondereffekte. Aufgrund dieser erfreulichen Tatsache steht die GLP-Fraktion nach wie vor klar hinter ihrer langjährigen Forderung nach einer Steuersenkung für die Bevölkerung. Auch wenn die Fraktion eine Reduktion um einen Zehntel begrüsst hätte, ist sie mit dem vorliegenden Kompromiss von einem Zwanzigstel einverstanden und wird ihn unterstützen.

Die GLP-Fraktion tritt auf den vorliegenden AFP 2023–2026 ein.

Mirjam Fries: Auch die Mitte-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für die Erstellung des neuen Aufgaben- und Finanzplans. Es wurde wie immer ein umfassendes und trotzdem sehr übersichtliches Werk. Es wird gut aufgezeigt, wie sich die Stadt entwickelt hat und weiterentwickeln wird.

Eines ist gleich wie im letzten Jahr: Die Zukunft ist schwer planbar, es gibt viele Unsicherheiten. In der Schweiz dürfen wir dankbar sein, dass es der Wirtschaft noch so gut geht, auch wenn die Prognosen für das nächste Jahr nicht mehr ganz so rosig sind. Auch die Teuerung ist mit 3,0 Prozent (Stand Oktober) im Vergleich mit dem Ausland moderat. Die Arbeitslosigkeit ist tief wie schon lange nicht mehr. Die Kehrseite davon ist allerdings der Fachkräftemangel. Was den für die Stadt wichtigen Tourismus betrifft, so kommen die Gäste wieder zurück, wenn auch weniger schnell als in anderen Städten.

Etwas ist auch gleich wie im letzten Jahr: Die Vorschau für das laufende Jahr ist besser als erwartet. Wir haben uns mittlerweile daran gewöhnt. Für die Mitte-Fraktion ist es deshalb klar, dass die Steuern jetzt gesenkt werden müssen. Die Mitte war die erste Partei, die das gefordert hat. Sie hat ursprünglich, nach dem Ergebnis des letzten Jahres, einen Steuerrabatt, das heisst eine einmalige Steuersenkung von einem Zehntel gefordert. Nachdem jetzt klar ist, dass auch das Jahr 2022 wieder massiv besser abschliessen wird als geplant, fordert die Mitte-Fraktion eine Steuersenkung von einem Zwanzigstel als Kompromiss, und zwar dauerhaft. So hat es auch die Geschäftsprüfungskommission beschlossen. Sollte diese Forderung heute im Parlament keine Mehrheit finden, wird die Mitte-Fraktion das Referendum ergreifen. Im Budget wurden nun die Massnahmen des Projekts ELAN umgesetzt, um die Budgetgenauigkeit zu verbessern. Der grösste Posten ist dabei die neue Schätzmethode für die Steuernachträge und die Sondersteuern. Das begrüsst die Mitte-Fraktion sehr, auch wenn die Stadt dadurch natürlich nicht mehr Geld in der Kasse hat.

Zu denken gibt der Fraktion aber das Ausgabenwachstum. Die Nettoausgaben für Gemeindeaufgaben steigen in der vorliegenden Version des Budgets um gut 18 Mio. Franken, das sind 4,8 Prozent gegenüber dem letzten Budget. Als Vergleich: Der Anstieg des BIP ist mit 2,5 Prozent prognostiziert. An den letzten Ratssitzungen hat das Parlament noch weitere, nicht zwingende Ausgaben beschlossen. Die Sprechende denkt da an den Gegenvorschlag zur 1%-Initiative und an die Vorlage zur Mutterschaftsschädigung für Parlamentarierinnen. Beides sind definitiv keine städtischen Themen. Dazu kommt die Motion 205, die man besser im Rahmen einer Gesamtbetrachtung mit dem Budget behandelt hätte. Da richtet eine knappe Mehrheit des Parlaments mit der grossen Kelle an. Auch das spricht aus Sicht der Mitte-Fraktion für eine Steuersenkung.

Der grosse Investitionsbedarf bleibt ein Thema, allein für die Schulhäuser sind es 155 Mio. Franken über die Planjahre. Eine teilweise Finanzierung aus dem Nettovermögen betrachtet die Mitte-Fraktion als vertretbar. Die Vergangenheit hat auch gezeigt, dass nicht so viel umgesetzt wird wie geplant.

Die Mitte-Fraktion tritt auf den B+A ein und unterstützt den Antrag der GPK auf eine Senkung des Steuerfusses. Davon hängt schlussendlich ab, ob die Fraktion dem Budget zustimmt.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion dankt der Verwaltung für das umfassende Werk. Ein Budget ist und bleibt ein Budget, und seine Richtigkeit wird erst mit dem Abschluss bestätigt. So war es in der Vergangenheit und so wird es auch in Zukunft bleiben. Man kann noch so genaue Prognosen berechnen, bestimmen, vorhersagen – schlussendlich zählen nur die effektiven Zahlen.

Die effektiven Zahlen liegen nun vor, und wie fast zu erwarten war, schliesst die Stadt auch in diesem Jahr wieder einiges besser ab, man kann sagen, exorbitant besser als prognostiziert. Erwartet hat die Stadt ein zweistelliges Minus, so wie es in den letzten vier Jahren immer wieder aufs Neue vorhergesagt wurde. Aber das Resultat ist wie fast immer das umgekehrte, nämlich ein positiver, zweistelliger Millionenbetrag. Genau genommen waren es rund 51 Mio. Franken Ertragsüberschuss im Jahr 2021. Das positive Resultat kam auch wie fast immer aus Einmaleffekten und Steuernachträgen zustande und konnte so von der Finanzverwaltung nicht vorhergesehen werden.

Wenn man so positive Zahlen schreibt, ist es natürlich naheliegend, dass man nach einem Verwendungszweck, einem Einsatzgebiet sucht. Und da ist man in der Stadt ja sehr kreativ, wenn es darum geht, Steuererträge sinnvoll zu investieren. Bis anhin hat man noch immer einen Verwendungszweck gefunden, und wenn man momentan keinen hat, so schafft man sich für die Zukunft ein Tummelfeld, damit man die Arbeitsstellen und die Ausgaben rechtfertigen kann.

Warum soll die Stadt sparen, wenn sie doch so gut wirtschaftet? Sie investiert locker in x-beliebige neue Stellen, von welchen man heute nicht genau weiss, ob es sie denn tatsächlich auch braucht. Und wenn sich dann herausstellt, dass eine Stelle nicht der Erwartung entspricht, so hat man nicht den Mut, sie wieder zu streichen, sondern man ist, wie der Sprechende vorhin sagte, kreativ.

Allein bei den Sozialen Diensten sind es über 20 Stellen, die neu geschaffen werden müssen. Was ist denn das für eine Entwicklung bei den Sozialen Diensten? Sind wir Opfer von uns selbst? Oder ist das das Resultat der nivellierten Schulbildung? Mann oder Frau ist man heute nur noch, wenn man einen Hochschulabschluss hat, egal, ob man dafür geeignet ist oder nicht. Alle -gogen oder -logen Ausbildungen, Soziologen, Podologen, Geologen, Pädagogen usw., benötigen eine Anstellung und müssen beschäftigt werden. Es stellt sich für den Sprechenden die Frage, wie man das in der Vergangenheit alles bewerkstelligen konnte.

An den letzten Ratssitzungen hat der Grosse Stadtrat für fast 30 Mio. Franken Mehrausgaben beschlossen: den Unterstützungsbeitrag für die Energiekosten, Fr. 180.– für jede Bewohnerin, jeden Bewohner in der Stadt Luzern, und das «Buebetrickli» mit der Initiative «1 % gegen globale Armut», das die Stadt wiederum «nur» 15 Mio. Franken kostet. Schade ist, dass das Geschäft der 1%-Initiative nicht direkt vor das Volk kommt, sondern den Umweg über das Referendum gehen muss.

Letztjährig wurde die Lohnerhöhung zwischen 1 und 1,5 Prozent festgelegt. In diesem Budget spricht sich der Stadtrat aufgrund gestiegener Lebenserhaltungskosten und der Erhöhung der Pensionskassenbeiträge für eine Lohnanpassung von 2 Prozent aus. Wenn der Stadtrat ja so besorgt ist wegen der Kostensteigerung, könnte er das Ganze doch auch von der anderen Seite betrachten und sagen, er sei aufgrund der gestiegenen Kosten zum Schluss gekommen, dass die Stadt die Steuern – das sind ja letztlich auch Kosten für die Bürger – senken muss. Das macht er aber leider nicht. Die Stadt begründet die Lohnanpassung damit, dass sie sonst kein Personal findet, deshalb müsse sie gute bis sehr gute Löhne zahlen.

Der Grosse Stadtrat könnte sich noch lange darüber unterhalten, was gute oder schlechte Löhne sind, das würde den Rahmen dieser Debatte vermutlich sprengen. Wenn man hört, wie seitens des Stadtrates argumentiert wird, hat es den Anschein, als ob in der Privatwirtschaft die Problematik von fehlenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht vorhanden sei. Wer täglich Nachrichten oder Zeitung liest, kann das sicherlich nicht bestätigen.

Der Stadt stehen für die Zukunft grosse Projekte bevor, die hohe Investitionskosten mit sich bringen. Die diversen Schulhäuser müssen saniert werden, das ist notwendig, dagegen spricht sich niemand aus. Es hat jedoch den Anschein, dass für Luzern nur das Beste gut genug ist. Als Beispiel gilt die Sanierung des Schulhauses Dorf in Littau. Verschiedene Varianten standen zur Wahl, der Stadtrat hat sich natürlich für die teuerste Variante entschieden. Bescheidenheit scheint keine grosse Tugend der Stadt Luzern zu sein. Bis Ende 2022 sollte dem Grossen Stadtrat der B+A für das Theater vorliegen, der Durchgangsbahnhof steht an, und das ewl-Areal an der Industriestrasse, wo man freiwillig auf 44 Parkplätze verzichtet – vermutlich jedoch nicht aus Kostengründen –, soll geplant und realisiert werden. Im AFP steht, die Stadt könne nicht alles zeitgleich erstellen – dem stimmt die SVP-Fraktion zu. Es müssen, und das ist richtig, Prioritäten gesetzt werden.

Eine Mehrheit dieses Parlaments und offensichtlich auch der Stadtrat sind der Meinung, dass die Verwendung der Steuererträge so für nichts, für nichts weitergehen kann. Das sieht die SVP-Fraktion völlig anders. Sie will nicht, dass es für jede Problemstellung eine staatliche Anlaufstelle gibt. Sie will nicht, dass die sozialen Beitragslasten signifikant erhöht werden. Sie will nicht, dass die Unterstützungsleistungen besser ausfallen, als wenn eine Person zu 100 Prozent erwerbstätig ist. Sie will nicht die teuerste und beste Variante, sondern sie will die zweckmässigste und sinnvollste Lösung haben. Sie will, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Eigenverantwortung übernehmen und bewusst mit Ressourcen und Kapital umgehen.

Solange der Geldhahn nicht abgedreht wird, werden die kreativen Wünsche immer ausgefallener. Der jüngste Beweis dafür ist die heute Morgen besprochene Motion 218. Warum soll man bewusst leben und sparen, wenn das Geld vorhanden ist? Es gibt ja gar keinen Grund dazu. Damit man eben wieder einen Grund hat, genau hinzuschauen, wo die Stadt welchen Franken ausgibt, muss man den Mittelzufluss reduzieren.

Die SVP-Fraktion tritt auf den B+A ein. Sie fordert unter Ziffer II. 2., dass die Gemeindesteuer um einen Zwanzigstel auf 1,70 Einheiten gesenkt wird.

Simon Roth: Zuerst auch vonseiten der SP-Fraktion ein grosses Dankeschön allen Personen, die an diesem Budget mitgearbeitet haben. Wie immer ist es ein beeindruckendes Werk. Im Vergleich zu früheren Budgets sollte das vorliegende dank verschiedenen Anpassungen genauer sein. Zudem wurde zum ersten Mal der Investitionsplafond überbucht. Beide Änderungen sind aus Sicht der SP-Fraktion sehr zu begrüssen.

Das Budget und die Aufgaben- und Finanzplanung sind ein Blick in die Zukunft. Was von diesem Ausblick und wie es eines Tages zur Realität wird, weiss man natürlich nicht mit Sicherheit. Was man aber mit Sicherheit weiss, ist, dass auf die Stadt einige grosse Aufgaben und Herausforderungen zukommen werden. Vieles davon ist im vorliegenden Dokument abgebildet, einiges noch nicht.

Zusätzliche grosse Aufgaben werden beispielsweise in den Bereichen Klimaschutz und Tagesschulen dazukommen. Gleichzeitig wird es einige grosse Investitionsprojekte zu stemmen geben. Die Stadt ist aktuell gut aufgestellt, um diese Herausforderungen anzugehen. Das soll auch so bleiben.

Für die SP-Fraktion ist zentral, dass die Stadt die Zukunft nicht einfach passiv auf sich zukommen lässt, sondern sie aktiv mitgestaltet, im Sinne der Menschen, die hier leben, und all jener, die eines Tages hier leben werden, für alle Menschen in ihren ganz unterschiedlichen Lebenssituationen.

Unbestritten ist, dass die Stadt in den vergangenen Jahren sehr gut und deutlich besser als budgetiert abgeschlossen hat. Auch dieses Jahr sieht es wieder danach aus. Entsprechend sind Forderungen nach einer Steuersenkung nicht überraschend. Aus Sicht der SP-Fraktion sind diese kurzfristig auch kein Problem für die städtischen Finanzen. Problematisch wird es aber auf mittlere und längere Frist. Aller Voraussicht nach wird die Stadt spätestens in einigen Jahren die Steuern wieder anheben müssen. Oder sie kann die Zukunft im Vergleich zu heute nur noch eingeschränkt mitgestalten.

Problematisch ist für die SP-Fraktion insbesondere, dass eine Steuersenkung ganz überwiegend den ohnehin privilegierten Menschen und den Unternehmen mit hohen Gewinnen zugutekommt. Also gerade

nicht jenen Menschen, die aktuell in erster Linie von der steigenden Prämienlast, von hohen Energiepreisen und der allgemeinen Teuerung betroffen sind.

Der Sprechende konnte einer Tabelle mit Angaben zum Reineinkommen – leider standen keine Angaben zum steuerbaren Einkommen zur Verfügung – folgende Erkenntnisse entnehmen: Die Steuersenkung, wie sie heute vorgeschlagen wird, bedeutet für 50 Prozent der steuerpflichtigen Menschen in der Stadt – also nur der steuerpflichtigen, und nur bezüglich des Reineinkommens –, dass sie im Maximum Fr. 85.– weniger bezahlen müssen, im Maximum! Bei den 5 Prozent mit dem höchsten Reineinkommen wirkt sich die Steuersenkung massiv stärker aus, hauptsächlich für sie macht man mit der Steuersenkung etwas. Aber ob gerade sie auf eine Steuersenkung angewiesen sind, bezweifelt der Sprechende. Da ist es fast belustigend, wenn sich die Bürgerlichen jetzt noch darum streiten, wer als Erster die Idee hatte, den obersten 5 Prozent so entgegenzukommen.

Die Sprecherin der Mitte-Fraktion hat gesagt, die Linke richte mit der grossen Kelle an. Die wirklich grosse Kelle, über die der Grosse Stadtrat heute diskutiert, ist eine allfällige Steuersenkung. Nur dass diese Kelle in den Teller von einigen wenigen eingeschenkt wird. Da prallen vermutlich auch Weltbilder aufeinander: entweder für alle, wie die SP-Fraktion und die G/JG-Fraktion, oder für wenige, wie die Bürgerlichen.

Für die SP-Fraktion stehen deshalb immer noch Pro-Kopf-Beiträge gemäss der überwiesenen Motion 205 und Beiträge an die Energiemehrkosten im Vordergrund. Das sind wirksame Möglichkeiten, damit wirklich alle Menschen einen Anteil an den unerwarteten ausserordentlichen Steuererträgen der vergangenen Jahre haben. Dieses Thema wird der Grosse Stadtrat aber nicht jetzt mit dem vorliegenden Budget besprechen, sondern es wird später separat zur Diskussion kommen.

Die SP-Fraktion wird auf den vorliegenden B+A eintreten.

Damian Hunkeler: Besten Dank auch vonseiten der FDP-Fraktion an die Regierung und vor allem an die Verwaltung, die mit der Ausarbeitung des AFP eine grosse Arbeit geleistet haben. Obwohl eine grosse Arbeit hinter diesem ausführlichen B+A steckt, ist er schlussendlich in Bezug auf die heutige Diskussion unspektakulär. Das ist einerseits der Globalbudgetierung geschuldet, andererseits sind keine aussergewöhnlichen Ausreisser im Budget zu finden. Also alles in Butter? Nein, ganz und gar nicht.

Die FDP-Fraktion sieht in diesem AFP exorbitante flächendeckende Ausgabensteigerungen, die weit über einen vernünftig begründbaren Rahmen hinausgehen. So ist z. B. der budgetierte Gesamtaufwand 2023 heute 6,6 Prozent höher, als er im AFP 2020 eingestellt war. In der Planungsperiode steigen die Ausgaben nochmals um 11 Prozent. Das inkludiert z. B. den Personalaufwand, der von 2021 bis 2026 um ganze 15,5 Prozent steigt. Hier eine kleine Klammer: Leider ist aus dem B+A nicht zu sehen, ob im gleichen Rahmen auch die Lehrstellen zunehmen. Das wäre nämlich ein probates Mittel zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. – Die Hälfte des grossen Personalmehraufwandes wird übrigens mit Strukturveränderungen begründet. Was das bedeutet, kann man im AFP nachlesen. Diese Ausgabensteigerungen haben also mit Teuerung wenig am Hut, dafür aber mit der ungebremsten Ausgabenwut der linken Ratsseite. Und wenn die Anwesenden die vergangenen Ratssitzungen in Erinnerung haben, sind die Ideen, wie man das Geld zum Fenster hinauswerfen kann, noch nicht erschöpft, häufig übrigens mit Stichentscheid des Ratspräsidenten. Dieser Entwicklung muss unbedingt Einhalt geboten werden, sonst wird die Stadt ein Finanzfiasco erleben. Zudem ist aus Sicht der FDP-Fraktion der Aufwand bei vielen Positionen noch recht hoch eingestellt. Die Fraktion ist überzeugt, dass nicht alles bei den Ausgabenpositionen voll ausgeschöpft wird. Auch das Investitionsbudget, das überbucht wurde, wird die Stadt nicht aufbrauchen können. Darum wird auch das Jahr 2023 nach Einschätzung der Fraktion wieder mit einem Einnahmenüberschuss enden. Das heisst, es geht also so weiter wie in den vergangenen acht Jahren, in welchen die Stadt dem Steuerzahler über 200 Mio. Franken zu viel aus dem Portemonnaie zog, und dies immer noch, obwohl gleichzeitig die Ausgaben exorbitant stiegen.

Nach dem Staatsverständnis der FDP-Fraktion müssen in Zeiten, in denen die effektiven Einnahmen exorbitant höher sind als die budgetierten, die Einnahmen gesenkt und nicht die Ausgaben nach oben angepasst werden. Konsequenterweise erneuert die FDP-Fraktion hier ihre Forderung nach einer substanziellen Steuersenkung. Sie ist froh, dass die Mitte-Fraktion diese Ansicht endlich teilt. Die FDP-Fraktion ist aber enttäuscht über das Vorgehen des Stadtrates. Sie hätte erwartet, dass der Stadtrat vorausschauend von sich aus eine Steuerfussreduktion ins Budget einarbeitet. Leider hat er diese Chance verpasst.

Die Steuerfussissenkung ist übrigens auch ein probates Mittel zur Bekämpfung der Folgen der Teuerung, gerade in Anbetracht der grossen Lohnerhöhungen, denn so bleibt den Steuerzahlenden am Schluss effektiv etwas im Portemonnaie übrig und wird nicht alles von der Progression weggefressen.

Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A 26 ein und wird den Antrag auf eine Steuerfussissenkung unterstützen. Auch sie hätte eigentlich lieber einen Zehntel gehabt, aber sie muss einsehen, dass offensichtlich höchstens ein Zwanzigstel mehrheitsfähig ist. Sollte allerdings der Antrag der GPK vom Grossen Stadtrat nicht angenommen werden, würde die FDP-Fraktion das Budget ablehnen und das Referendum dagegen ergreifen. Der Sprechende ist ziemlich sicher, dass die Bürgerlichen dieses Referendum gewinnen würden. Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und ist gespannt, was aus den Diskussionen herauskommt.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub dankt für die Eintretensvoten. Sie wird jetzt ein bisschen länger sprechen, um ein paar Punkte klarzustellen. Die Steuersenkung ist ein Antrag der GPK, nicht ein Antrag des Stadtrates. Somit ist sie auch nicht im vorliegenden B+A abgebildet, was ein paar zusätzliche Erklärungen nötig macht. Wichtige Ausführungen sind auch im StB 725 zu finden, in welchem der Stadtrat zu den Anträgen aus der GPK Stellung genommen hat. Auf der Tribüne des Kantonsratssaals verfolgen einige Mitarbeitende der Finanzverwaltung die Sitzung mit, um im Fall einer Annahme von zusätzlichen Anträgen – z. B. des Antrags, das Lohnsummenwachstum auf 2,5 Prozent zu erhöhen – ad hoc die entsprechenden Berechnungen durchzuführen, damit beim Beschluss die aktuellen Zahlen vorliegen. Allenfalls braucht es dann einen kurzen Unterbruch der Sitzung. Weiter sind auch Mitarbeitende der Abteilung Kommunikation im Raum, denn es wird wohl so oder so zu einer Volksabstimmung über das Budget kommen: Wenn der Grosse Stadtrat heute eine Senkung des Steuerfusses beschliesst, unterliegt der Beschluss dem obligatorischen Referendum, oder wenn sich für diesen Antrag keine Mehrheit fände, würde sicher das Referendum ergriffen und mit grosser Wahrscheinlichkeit auch zustande kommen. Der Stadtrat möchte die Volksabstimmung möglichst bald durchführen, um den budgetlosen Zustand sehr kurz zu halten. Die Mitarbeitenden der Abteilung Kommunikation schreiben jetzt sozusagen schon fast die Abstimmungsbroschüre mit.

Der Stadtrat hat einen Budgetentwurf 2023 vorgelegt, der die geltenden Reglemente einhält. Das schliesst eine Schuldenbremse ein. Der Sprecher der FDP-Fraktion war der Ansicht, der Stadtrat hätte von sich aus eine Steuersenkung beantragen müssen. Das war dem Stadtrat gemäss Reglement gar nicht möglich, es wäre nicht zulässig gewesen. Über die Lockerung der Schuldenbremse wird der Grosse Stadtrat ja zu einem späteren Zeitpunkt noch diskutieren, die Sprechende ist gespannt, wie sich die Fraktionen bei dieser Frage äussern werden. Im vorliegenden B+A schlägt der Stadtrat ein Defizit von 11 Mio. Franken vor, bei der Senkung des Steuerfusses um einen Zwanzigstel ergibt sich ein Defizit von rund 19 Mio. Franken. Der Stadtrat hat mit dieser Vorlage die Budgetrichtlinien und die Budgetvorgaben, welche er im März beschlossen und anschliessend der GPK mitgeteilt hat, eingehalten. Ende April 2022, bei der ersten Hochrechnung in Bezug auf den Jahresabschluss 2022, konnte man aber bereits sehen, dass gewisse Steuererträge wieder höher ausfallen, als sie im Budget 2022 angenommen worden waren. Der Stadtrat hat dann die Steuererträge – zum Teil abweichend zu den im März beschlossenen Budgetrichtlinien – gemäss der neuen Berechnungsmethode eingesetzt, wie sie im Projekt ELAN 22–25 Etappe 1 vorgeschlagen wird, nämlich bei den Steuernachträgen für natürliche und juristische Personen und bei den Sondersteuern den gleitenden Fünfjahresschnitt zu nehmen. Denn infolge des positiven Rechnungsergebnisses 2021, das massiv besser als budgetiert ausfiel, und aufgrund der Hochrechnung per Ende April 2022 für das laufende Jahr konnten gemäss den Vorgaben aus dem Projekt ELAN bereits für das Budget 2023 bedeutend optimistischere Annahmen getroffen werden, als es noch in der letzten Planperiode der Fall war. In Erfüllung der Motion 68, die vor einem Jahr teilweise überwiesen wurde, plant die Stadt eine Anpassung der Schuldenbremse. Sie möchte die Gewinne der Vorjahre für Investitionen in strategische Schwerpunkte verwenden können, auch wenn dadurch das jährliche Budgetdefizit überschritten wird. Der Stadtrat wird im Jahr 2023 einen B+A mit entsprechenden Reglementsanpassungen vorlegen.

Zur Prognoserechnung für das laufende Jahr 2022: Die Stadt führt jeweils Trimestercontrollings durch, das erste per Ende April, das zweite hat per Ende August stattgefunden. Der nächste Rückblick wird das Jahresergebnis sein. Der Stadtrat wird aber erste Ergebnisse früher, bevor die definitiven Zahlen vollständig in der Jahresrechnung vorliegen, kommunizieren, damit sie bei der nächsten Budgetdebatte bereits wieder berücksichtigt werden können. Per Ende August wurde deutlich, dass bei den Gewinnsteuern der

juristischen Personen gegenüber dem Budget Mehrerträge von rund 26 Mio. Franken entstehen und die Stadt somit ein positives Ergebnis von rund 15 Mio. Franken anstelle eines Defizits in etwa gleich hoher Dimension erwarten darf. Dieses Ergebnis kann sich in den letzten vier Monaten des laufenden Jahres noch ändern, beziehungsweise es ist schon klar, dass es sich nochmals verbessern wird. Gründe sind unter anderem die erfolgswirksame Auflösung eines Fonds, die periodische Neubewertung der Finanzliegenschaften – diese muss die Stadt aufgrund gesetzlicher Bestimmungen vornehmen; sie wird zu Aufwertungen bei den Finanzliegenschaften führen –, weiter könnten eventuell aufgrund des Gerichtsverfahrens AFR18 betreffend die Finanzausgleichsverfügung 2020, bei welchem die Stadt obsiegt hat, vom Kanton noch im Jahr 2022 ein paar Millionen gezahlt werden. Per Ende August hat die Stadt mit einem Plus von 15 Mio. Franken gerechnet, aber das Ergebnis könnte nochmals besser ausfallen.

Trotzdem zeigt der AFP 2023–2026 finanziell negative Aussichten, und zwar mit einem Steuerfuss von 1,75 Einheiten, die Mindereinnahmen bei einer Senkung des Steuerfusses sind da noch nicht eingerechnet. Vielmehr wurden die Steuererträge gemäss den Vorgaben des Projekts ELAN offensiver geschätzt. Die Stadt nimmt die Budgetierung nach bestem Wissen und Können vor. Der Stadtrat hat entschieden, die Schätzungen und Annahmen mit neuen Methoden anzupassen. Ob das funktioniert und welche Wirkungen es hat, wird man erst bei der Rechnung im Frühling 2024 sehen. Es ist der Sprechenden wichtig, hier festzuhalten, dass die Verwaltung verantwortungsbewusst arbeitet: Die Abweichungen betreffen jeweils die Einnahmenseite und nicht die Ausgabenseite, in diesem Bereich ist alles unter Kontrolle.

Die Sprechende will auf ein paar Fakten zu den Steuererträgen eingehen. Es gibt im Budget 25 Steuerertragspositionen. Bei 22 von diesen 25 gibt es für das Jahr 2022 keine wesentlichen Abweichungen zu den Budgetwerten. Es sind also 3 von 25 Steuerertragspositionen, bei welchen 2022 Mehrerträge erwartet werden. Insbesondere geht es um die Gewinnsteuern des Rechnungsjahres und von früheren Jahren. Bei den ausserordentlich hohen Mehrerträgen im Jahr 2021, also im letzten Rechnungsjahr, für welches die definitiven Zahlen vorliegen, waren die Gewinnsteuern in dieser unglaublichen Höhe nicht voraussehbar. Die Sprechende nennt die Zahlen des Kontos 4010.10 aus den Jahren 2016 bis 2021. Ihnen kann man entnehmen, wie die Steigerung aussah.

R2016	7,6 Mio. Franken
R2017	5,4 Mio. Franken
R2018	8,8 Mio. Franken
R2019	7,6 Mio. Franken
R2020	10,8 Mio. Franken
R2021	37,4 Mio. Franken

Wenn man das Budget erstellt, sind die Vorjahreszahlen jeweils ja noch nicht bekannt. Eine solche Steigerung ist nicht vorhersehbar, nicht budgetierbar.

Im Rahmen des Projekts ELAN 22–25 wurden die Schätzmethode angepasst, man verwendet den gleitenden Fünfjahresdurchschnitt. Das führt bereits im vorliegenden B+A zu bedeutend höheren Zahlen. So sehen die budgetierten Beträge für die Gewinnsteuer, also für das gleiche Konto 4010.10, im Ausblick wie folgt aus:

B2022	6,2 Mio. Franken (laufendes Jahr)
B2023	14,2 Mio. Franken
FP2024	15,9 Mio. Franken
FP2025	18,2 Mio. Franken
FP2026	19,8 Mio. Franken

Die Stadt plant also ein ständiges Wachstum ein, ohne Garantie, ob es wirklich so eintreffen wird.

Zum Antrag, den Steuerfuss auf 1,70 Einheiten zu senken: Gemäss StB 725, der allen vorliegt, opponiert der Stadtrat dem Antrag nicht. Eine Steuerfussenkung auf 1,70 Einheiten führt zu Mindererträgen von rund 8 Mio. Franken, also im Jahr 2023 zu einem Defizit von fast 19 Mio. Franken. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass der Finanzhaushalt auf die Dauer im Gleichgewicht sein wird. Trotzdem ist es richtig, dass man von den hohen Ertragsüberschüssen der letzten Jahre etwas zurückgeben kann, dass man nicht immer mehr anhäuft. Die Senkung um einen Zwanzigstel entspricht bei den Gemeindesteuern einer Entlastung um rund 2,9 Prozent. Das erachtet der Stadtrat aktuell für das Budgetjahr als vertretbar, aber die finanziellen Aussichten der Planjahre sind weiterhin negativ.

Der Kanton Luzern hat vor zehn Tagen die Botschaft zur Steuergesetzrevision 2025 publiziert. Im Anhang zu dieser Botschaft werden die Auswirkungen auf die Gemeinden aufgezeigt. Die Gemeinden konnten diese Zahlen nicht, bevor die Botschaft publiziert wurde. In der Tabelle werden jedoch nicht sämtliche Zahlen aus den Massnahmen, welche die Steuergesetzrevision enthält, zusammengezogen, also man kann sich nicht auf diese Angaben verlassen. Für die Stadt Luzern wird betreffend Kapitalsteuer ein Ausfall von 13 Mio. Franken pro Jahr ausgewiesen. Die Stadt hat intern eigene Berechnungen angestellt, die alle Massnahmen miteinbeziehen. Für sie geht es um Ertragsausfälle in der Grössenordnung von 35 Mio. Franken pro Jahr, was rund zwei Steuerzehnteln entspricht. Die Sprechende setzt eine gewisse Hoffnung auf den VLG und den Kantonsrat. Die Botschaft wurde am Freitag publiziert, und bereits am Sonntag hat sich der VLG dazu geäussert. Die Sprechende ist zuversichtlich, dass man das noch einmal wird überprüfen lassen können.

Zum Antrag betreffend ein Lohnsummenwachstum von 2,5 Prozent: Der Stadtrat hat lange über das Lohnsummenwachstum diskutiert, er ging im Frühling bei den Budgetrichtlinien noch von 1,5 Prozent aus und hat dann im Juniseminar aufgrund der Entwicklung eine Erhöhung auf 2 Prozent vorgenommen. Seitdem ist jedoch die Teuerung weiter angestiegen. Der Stadtrat erachtet daher 2,5 Prozent als vertretbar und auch wichtig, damit die Stadt eine attraktive Arbeitgeberin bleibt. Wenn man den Kanton und die umliegenden Gemeinden zum Vergleich heranzieht, so liegt der Durchschnitt bei 2 Prozent (Kanton Luzern: 2 Prozent; Emmen und Horw: 2 Prozent; Kriens und Ebikon: 1,5 Prozent; Meggen: 2,2 Prozent). Die Stadt hat jedoch gleichzeitig auch höhere Arbeitnehmerbeiträge für die Pensionskasse aufgrund der Senkung des Umwandlungssatzes, netto werden die Mitarbeitenden deshalb weniger im Portemonnaie haben. Aufgrund dieser Situation opponiert der Stadtrat dem Antrag nicht.

In einem der Eintretensvoten war eine Frage zu den Lehrstellen zu hören. Die Sprechende kennt diese Zahlen nicht. Sie kann einfach ganz generell sagen, dass der Stadt Luzern die Ausbildung sehr wichtig ist. In den letzten Jahren wurde zusammen mit den Agglomerationsgemeinden das Projekt «LUnited» durchgeführt. In einem gemeinsamen Auftritt wird versucht, insbesondere die Jungen anzusprechen. Es ist der Stadt sehr wichtig, Nachwuchs auszubilden, aber genauso wichtig ist es, das bestehende Personal, das eingearbeitet ist und über ein entsprechendes Know-how verfügt, behalten zu können. Das ist einfacher und für die Stadt letztlich auch von Vorteil, als eine hohe Fluktuationsrate zu haben und in der aktuellen Situation mit dem Fachkräftemangel immer wieder neues Personal suchen zu müssen.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 26/2022: «Aufgaben und Finanzplan 2023–2026 mit Budgetentwurf 2023» eingetreten.

DETAIL

Seite 14 Budgetvorgaben des Stadtrates

Simon Roth: Die SP-Fraktion stellt den **Antrag, den Personalaufwand brutto, Verwaltung, auf 2,5 Prozent zu erhöhen.** In der Argumentation kann sich der Sprechende dem anschliessen, was Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub bereits sagte. Es geht darum, dass noch keine Inflation absehbar war, als das Budget erstellt wurde. Der Stadtrat hat vorgesehen, dass mit dem Lohnwachstum auch die Mehrkosten der Mitarbeitenden im Zusammenhang mit der Pensionskassenlösung ausgeglichen würden. Wenn man das Lohnwachstum jetzt bei 2 Prozent lassen würde, wäre die Lohnentwicklung für das städtische Personal real schlechter als beim Kanton. Mit einem Lohnwachstum von 2,5 Prozent ist die Lohnentwicklung etwas gleich wie beim Kanton.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Dieser Antrag wurde in der GPK nicht gestellt und deshalb nicht behandelt. Die GPK kann somit keine Empfehlung dazu abgeben.

Christa Wenger hat schon in ihrem Eintretensvotum festgehalten, dass die G/JG-Fraktion den Antrag unterstützt.

Mirjam Fries: Die Mitte-Fraktion lehnt den Antrag ab. Es gibt aktuell zwar eine Teuerung, die Stadt hat jedoch auch in den letzten Jahren Lohnerhöhungen gesprochen, obwohl die Teuerung teilweise negativ

war. 2 Prozent, wie vom Stadtrat vorgesehen, entsprechen dem Lohnwachstum beim Kanton, das scheint der Mitte-Fraktion vernünftig zu sein. Man darf auch nicht vergessen, dass wegen der Pensionskasse beim Personal 2 Prozent Mehrkosten auf die Stadt zukommen. Unter diesem Aspekt ist ein Lohnwachstum von 2 Prozent fair und realistisch.

Der Antrag der SP-Fraktion

Beim Personalaufwand brutto, Verwaltung, ist für das Jahr 2023 2,5 Prozent einzusetzen. wird angenommen.

Seite 28 ff. Dienste Stadtkanzlei

Ratsvizepräsident Jules Gut: Die Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 17. November 2022 das weitere Vorgehen zur Umsetzung des vom Grossen Stadtrat überwiesenen Postulats 198 behandelt. Der Grosse Stadtrat hat ja beschlossen, dass er ins Rathaus zurückkehren will. Dieser Vorgang ist in zwei Etappen aufgeteilt. Bis in zwei Jahren soll der heutige Ratssaal modernisiert und somit für die Rückkehr des Grossen Stadtrates bereit sein. Das ist die 2. Etappe. Das ist bereits beschlossen und somit auch nicht Thema beim jetzigen Antrag. Hier geht es um die 1. Etappe, sprich um die notwendigen finanziellen Mittel für die nächsten zwei Jahre 2023 und 2024. Die Geschäftsleitung stellt den Antrag, das Globalbudget der Stadtkanzlei um Fr. 150'000.– und das Globalbudget der Abteilung Immobilienmanagement Liegenschaften Verwaltungsvermögen um Fr. 50'000.– zu erhöhen. Damit soll so bald wie möglich die im Postulat geforderte Rückkehr ins Rathaus am Kornmarkt mit einer provisorischen Infrastruktur ermöglicht werden.

Der erste Antrag betrifft die Stadtkanzlei, Seite 28 ff.:

Das Globalbudget der Stadtkanzlei, Leistungsgruppe 111.1 Grosser Stadtrat, ist um Fr. 150'000.– zu erhöhen.

Der zweite Antrag betrifft die Abteilung Immobilienmanagement Liegenschaften Verwaltungsvermögen, Seite 132 ff.:

Das Globalbudget der Dienstabteilung Immobilien (Immobilienmanagement Liegenschaften Verwaltungsvermögen), Leistungsgruppe 514.2 Bau- und Objektmanagement, ist um Fr. 50'000.– zu erhöhen.

Adrian Albisser möchte in diesem Zusammenhang eine Protokollbemerkung einbringen, bei welcher es weniger um finanzielle Fragen zur Umbausituation im Rathaus geht, sondern mehr um die Dynamik, die mit dem Dringlichen Postulat 198 entstanden ist. Er möchte zur Diskussion stellen, ob der Grosse Stadtrat nicht schon unabhängig von den technisch nötigen baulichen Massnahmen per 2023 ins alte Rathaus zurückkehren soll. Dort würde man dann eben abwarten, bis die baulichen Massnahmen umgesetzt werden. Er beantragt deshalb folgende **Protokollbemerkung:**

Die Rückkehr des Grossen Stadtrates ins Rathaus wird unabhängig von den technischen Voraussetzungen, sprich zum Stand vor dem Wechsel des Tagungsortes in den Kantonsratssaal, per 2023 vollzogen.

Martin Abele: Als der Grosse Stadtrat das Dringliche Postulat 198 behandelte, war allen bewusst, dass der Umzug ins Rathaus nicht gratis zu haben sein wird. Es haben aber wohl auch alle gehofft, dass es nicht so teuer wird. Man ging vielleicht davon aus, dass es mit einem fünfstelligen Betrag pro Jahr zu machen wäre. Jetzt sind es aber für das Jahr 2023 Fr. 200'000.– und im Folgejahr noch einmal Fr. 200'000.–, macht insgesamt Fr. 400'000.– für die temporäre Ertüchtigung des Ratssaals. Die G/JG-Fraktion ist der Ansicht, dass solche Kosten für temporäre Massnahmen zu hoch sind. Es ist zu teuer, als dass die Fraktion diesen Wechsel schon jetzt machen möchte, wie es mit dem Dringlichen Postulat gefordert wurde. Hier im Kantonsratssaal steht dem Grossen Stadtrat eine Infrastruktur zur Verfügung, wie er sie nicht mehr missen möchte: elektronische Anschlüsse, ein funktionierendes WLAN, eine Live-Übertragung. Im Moment ist all das im Ratssaal noch nicht gegeben. Im Postulat wurde ja auch explizit gefordert, dass es weiterhin eine Live-Übertragung geben soll. Das ist genau der Posten, der mit rund Fr. 250'000.– den Haupttharst der Kosten für diese zwei Jahre ausmacht. Das ist nach Ansicht der G/JG-Fraktion zu

teuer, die Fraktion würde in diesem Fall lieber warten, bis die definitiven Massnahmen im Rathaus umgesetzt sind. Darum opponiert die G/JG-Fraktion den Anträgen der Geschäftsleitung.

Ratspräsident Christian Hochstrasser: Es liegen also einerseits zwei Anträge aus der Geschäftsleitung zur temporären Ertüchtigung des Ratssaals für die 1. Etappe der Rückkehr vor, und andererseits wurde eine Protokollbemerkung eingebracht, dass der Grosse Stadtrat per sofort, ohne Verbesserung der Infrastruktur, in den Ratssaal zurückkehren soll. Der Sprechende möchte die Diskussion zu den Anträgen und zur Protokollbemerkung gemeinsam führen. Anschliessend wird einzeln über die Anträge und die Protokollbemerkung abgestimmt, denn sie schliessen sich ja gegenseitig nicht aus.

Mirjam Fries: Für die Mitte-Fraktion ist unbestritten, dass sie ins Rathaus zurückwill, aber nicht kurzfristig. Dass der Ratssaal im Verlauf der nächsten zwei Jahre den Bedürfnissen eines modernen Ratsbetriebs angepasst wird, ist gut, aber die Kosten für die 1. Etappe sind zu hoch, da stimmt das Kosten-Nutzen-Verhältnis aus Sicht der Mitte-Fraktion nicht. Die Fraktion wird deshalb die Anträge der Geschäftsleitung ablehnen.

Rieska Dommann: Auch für die FDP-Fraktion ist klar, dass sie ins Rathaus zurückwill. Sie dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die bisher getätigten Abklärungen. Der Sprechende hat es allerdings schon in der Debatte über das Postulat gesagt: Die FDP-Fraktion bedauert es nach wie vor sehr, dass es so lange ging, bis der Stadtrat das Thema endlich angegangen ist. Hätte er es rechtzeitig angepackt, müsste der Grosse Stadtrat jetzt nicht über so teure Provisorien sprechen. Die inhaltliche Debatte hat der Grosse Stadtrat bereits am 22. September geführt, die Vor- und Nachteile, die Argumente für und gegen eine Rückkehr wurden diskutiert. Für die FDP-Fraktion ist völlig klar, dass der Grosse Stadtrat ins Rathaus gehört. Was will die Stadt denn sonst mit dem Rathaus machen? Soll es ein Denkmal werden oder irgendeine Kulisse oder sogar ein Museum? Seit Generationen tagt der Rat der Stadt dort drin, und das soll auch in Zukunft möglich sein.

Es wurden jetzt die hohen Kosten thematisiert, Martin Abele hat von Fr. 400'000.– gesprochen. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates haben diese Kosten im Detail aufgeschlüsselt erhalten. Es lohnt sich und ist auch wichtig, die einzelnen Positionen ein bisschen genauer anzuschauen und nicht einfach nur den Betrag von Fr. 400'000.– ins Auge zu fassen. Denn zumindest bei der FDP-Fraktion hat sich beim Blick auf die einzelnen Positionen der Eindruck ergeben, dass alles versucht wurde, um eine möglichst hohe Summe auszuweisen. Der Sprechende nennt ein paar Beispiele: Für die Fraktion ist unverständlich, warum Fr. 4'000.– für Parkierungsbewilligungen Altstadt einrechnet werden. Stellt denn die Stadt sich selber eine Rechnung? Wo werden denn diese Fr. 4'000.– als Einnahme verbucht? Dieses Geld geht ja wieder in die Stadtkasse. Da wird einfach der Kredit künstlich aufgebläht. Für die effektiven Baukosten – es gibt ja nur ein paar Schreinerarbeiten und ein paar Elektroinstallationen auszuführen – werden Fr. 18'000.– eingestellt. Dann hat man eine Bauwesenversicherung für Fr. 1'000.–. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates haben sich während Jahren, wahrscheinlich Jahrzehnten, jeweils zu dritt ein Mikrofon geteilt. Das ging tiptopp – ausser dass die Mikrofonanlage die halbe Zeit nicht funktioniert hat. Man konnte das Mikrofon hin- und herschieben. Das könnte aus Sicht der FDP-Fraktion auch in Zukunft so sein. Jetzt sind aber bei der Miete 56 Mikrofone eingerechnet. Es würden doch auch 16 genügen, plus ein paar wenige für das Präsidium und den Stadtrat. Die Mietkosten lägen dann wahrscheinlich nicht bei Fr. 250'000.–, sondern deutlich darunter. Die Eigenleistungen der Abteilung IMMO sind mit Fr. 57'000.– angegeben, das sind 15 Prozent der Gesamtkosten. Das ist vielleicht in einem anderen Fall realistisch, aber warum die Abteilung IMMO 15 Prozent Eigenleistungen auf diese Mietkosten einrechnet, erschliesst sich dem Sprechenden nicht. Die Miete ist einfach eine Miete. Was für Leistungen erbringt die Abteilung IMMO für diese Fr. 57'000.–? Der Sprechende kann das nicht nachvollziehen. Genau das Gleiche gilt für die Reserven, auch da werden 15 Prozent eingerechnet, Fr. 60'000.–. Aber auf Mietkosten muss man doch nicht Reserven aufrechnen. Der Sprechende geht davon aus, dass die Mietkosten sehr genau kalkuliert werden können. Dann weiss man, was es kostet, und muss nicht noch Fr. 60'000.– Reserven draufschlagen. Insgesamt sind es Fr. 450'000.– für zwei Jahre, aber der Sprechende hat das Gefühl, bei einer realistischen Einschätzung wären es vielleicht Fr. 250'000.– für zwei Jahre. Dann hätte man eine ganz andere Grundlage. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag der Geschäftsleitung grossmehrheitlich zustimmen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, geht die FDP-Fraktion davon aus, dass der Stadtrat der Geschäftsleitung einen

neuen Vorschlag unterbreitet, mit einer realistischeren Budgetierung. Wie es aussieht, wird die FDP-Fraktion aber auch die Protokollbemerkung von Adrian Albisser unterstützen. Dann müssten ja ohnehin gewisse Massnahmen ergriffen werden und der Stadtrat müsste mit einem realistischeren Vorschlag und mit einem realistischeren Budget wieder in die Geschäftsleitung kommen.

Andreas Felder äussert sich vonseiten der Mitte-Fraktion zur Protokollbemerkung von Adrian Albisser. Wie Mirjam Fries schon ausgeführt hat, ist für die Mitte-Fraktion die vorgelegte temporäre Ertüchtigung zu teuer, die Fraktion kann ihr somit nicht zustimmen. Aber auch der Sprechende wird wie sein Vorredner Rieska Dommann das Gefühl nicht los, dass man bei den Kosten sehr viel hineingepackt hat, damit die Idee, möglichst schnell ins Rathaus zurückzukehren, auf jeden Fall abgelehnt wird. Darum wird die Mitte-Fraktion die Protokollbemerkung von Adrian Albisser grossmehrheitlich unterstützen. Auch sie erwartet, dass der Stadtrat, falls der Antrag der Geschäftsleitung abgelehnt wird, noch einmal über die Bücher geht und dem Grossen Stadtrat ein anderes Budget vorlegt. Der Sprechende möchte auch noch auf den Aspekt aufmerksam machen, dass der Grosse Stadtrat wohl nicht gratis hier im Kantonsratssaal tagen kann. Diesen Betrag müsste man in die Gesamtkostenrechnung miteinbeziehen.

Stefan Sägesser ist sehr froh um das Votum von Rieska Dommann, der sein vernunftbasiertes Statement sehr sachlich vorgetragen hat. Er selber kann seine Emotionen kaum so tief halten; er war entsetzt über die für die Rückkehr des Grossen Stadtrates ins Rathaus vorgesehenen Kosten. Seiner Ansicht nach wird da vonseiten der Stadtverwaltung das grossmehrheitliche Anliegen des Grossen Stadtrates, ins Rathaus, das seine Wurzeln bedeutet, zurückzukehren, nicht ganz ernst genommen. Das dafür vorgelegte Budget ist, wie Rieska Dommann vorhin erläuterte, nicht korrekt. Es wurde einfach so viel wie überhaupt möglich draufgepackt, damit das Vorhaben ja abgelehnt würde. Die GLP-Fraktion ist auf jeden Fall dafür, ins Rathaus zurückzukehren, sie wird den Antrag der Geschäftsleitung unterstützen, ebenso auch die Protokollbemerkung von Adrian Albisser.

Jona Studhalter hat Rieska Dommann gut zugehört und sich die Zahlen aufgeschrieben, welche dieser nannte. In der Summe der konkret genannten Beträge kommt der Sprechende auf Fr. 65'000.–: Fr. 4'000.– für die Parkbewilligung, Fr. 1'000.– für die Bauwesenversicherung und Fr. 60'000.– als Reserve. Zusammengerechnet ergibt das Fr. 65'000.–. Wie Rieska Dommann dann durch das Einsparen von 32 Mikrofonen auf insgesamt Fr. 135'000.– kommt, erschliesst sich dem Sprechenden nicht. Wenn man den Stadtrat kritisiert, er habe hoch budgetiert – eine Kritik, für welche der Sprechende durchaus Verständnis hat –, sollte man trotzdem mit den eigenen Annahmen auch nicht einfach so weit unten ansetzen, dass das eigene Votum nicht mehr glaubwürdig ist.

Marco Müller möchte noch zwei Aspekte ins Feld führen. Der erste Punkt ist, dass es aufgrund der Diskussionen mit der Denkmalpflege wohl noch ein sehr langer Weg sein wird, bis man die längerfristige Lösung hat. Es war ja auch die Intention des Vorstosses, dass eine Rückkehr in einem reduzierten Umfang möglich sein soll. Darin unterstützt der Sprechende Adrian Albisser.

Der zweite Punkt ist wichtig im Zusammenhang mit den Kosten. Man muss nämlich diesbezüglich bedenken, dass es die Stadt schon in den Vorjahren, als der Grosse Stadtrat noch im Rathaus tagte, über Jahre versäumt hat – der Sprechende wählt bewusst das Wort «versäumt» –, die Infrastruktur aufzurüsten. Er erinnert seine Ratskolleginnen und Ratskollegen daran, dass sie jeweils das Natel ausschalten mussten, das WLAN funktionierte nicht richtig, die Mikrofone zum Teil auch nicht. Im Zeitalter der Digitalisierung – die Stadt Luzern will ja in diesem Bereich führend sein – war das schon ein bisschen vorkriegszeitlich. Daher sind jetzt einfach gewisse Investitionen nötig, wenn man eine funktionierende Mikrofonanlage und ein funktionierendes WLAN haben will. Das sind nicht einfach Mehrkosten, die aufgrund des Anliegens des Grossen Stadtrates entstehen, ins Rathaus zurückzukehren, sondern es sind Kosten, welche die Stadt hat, weil sie in den letzten Jahren diesbezüglich nichts investiert hat. Ein funktionierendes WLAN und Steckdosen usw. sind doch heute einfach State of the Art für ein modernes Arbeiten.

Rieska Dommann erklärt Jona Studhalter sehr gern im Einzelnen, wie er auf die Fr. 250'000.– oder Fr. 260'000.– als Gesamtsumme gekommen ist. Er hat die Elektrokosten unverändert mit Fr. 12'000.– übernommen, ebenso den Projektsupport mit Fr. 15'000.– und die Schreinerarbeiten mit Fr. 6'000.–. Die

Anmiete hat er von Fr. 250'000.– auf Fr. 150'000.– reduziert. Das Internetabonnement hat er bei Fr. 20'000.– belassen. Er hat entsprechend der Reduktion bei der Anmiete die Mehrwertsteuer reduziert, von Fr. 25'000.– auf Fr. 15'000.–. Die Versicherung von Fr. 1'000.– hat er stehen gelassen. Bei den Eigenleistungen IMMO hat er von Fr. 57'000.– auf Fr. 30'000.– reduziert, weil er der Ansicht ist, dass es für die Anmiete der Geräte keine IMMO-Leistungen braucht. Für die Parkierungsbewilligung hat er Fr. 0.– eingesetzt und bei den Reserven hat er nur die Bauarbeiten berücksichtigt, denn seiner Ansicht nach braucht es für die IMMO-Kosten und für die Anmiete der Geräte keine Reserven. Wenn man also für die Reserven nur Fr. 8'000.– statt Fr. 60'000.– rechnet, ergibt sich ein Total von Fr. 258'000.–.

Silvio Bonzanigo folgt am ehesten den Überlegungen und der Argumentation von Martin Abele. Er hat kein Interesse an einem möglichst überstürzten Dislozieren über die Reuss. Der Grosse Stadtrat erbringt eine Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger. Wo er diese erbringt, ist vielleicht für ihn selber wichtig, für die Bürgerinnen und Bürger ist es jedoch nicht wichtig. Im Kantonsratssaal steht dem Grossen Stadtrat eine tolle Infrastruktur zur Verfügung. Nach Ansicht des Sprechenden wird die Nostalgie ein bisschen stark bewirtschaftet, wenn man so tut, als könne man nur im Rathaus gute Politik machen, man solle also möglichst schnell dorthin zurückkehren. Der vom Stadtrat vorgelegte Fahrplan ist durchaus geeignet, um ein geordnetes Überführen des Ratsbetriebs von der einen auf die andere Reussseite zu ermöglichen, ohne dass es diese heftigen Zusatzkosten für eine 1. Etappe braucht.

Martin Abele bemerkt zu Rieska Dommann, dass er schon solche Zahlenspielereien machen kann, aber die Angaben der Stadt zu den Kosten beruhen offenbar auf der Basis von mehreren vorliegenden Offerten. Der Sprechende kann sich nicht vorstellen, dass die Geschäftsleitung einfach die möglichst teuerste Offerte berücksichtigt hat. Es sind Offerten für das, was der Rat braucht. Der Sprechende persönlich möchte nicht, dass man dann wieder halbhatzige Lösungen hat. Es ist ja allen klar, was es für einen modernen Ratsbetrieb braucht. Die G/JG-Fraktion hat keine Meinung zur Protokollbemerkung von Adrian Albisser gefasst, aber der Sprechende fände es einen gewaltigen Rückschritt, wenn der Grosse Stadtrat jetzt einfach ins Rathaus zurückkehren würde, ohne dass die nötige Infrastruktur vorhanden wäre. Es wäre schade, wenn der Grosse Stadtrat das so entscheiden würde.

Baudirektorin Manuela Jost weist den Vorwurf zurück, der Stadtrat habe absichtlich möglichst viel in den Kostenvoranschlag hineingepackt, er habe nur die teuersten Offerten berücksichtigt, damit das Parlament auf keinen Fall auf den Beginn des nächsten Jahres ins Rathaus zurückkehren könnte. Dieser Vorwurf ist nicht fair. Die Kosten wurden ganz genau geprüft und es wurden nicht die teuersten Offerten berücksichtigt. Die Infrastruktur, wie sie der Grosse Stadtrat braucht, ist nicht gratis zu haben. Der Voranschlag, die Anzahl der Mikrofone auf 16 zu reduzieren, kann nicht funktionieren, denn man will ja einen Livestream. Auch solche Fragen wurden geklärt. Jedes Fahrzeug, das in die Altstadt fährt, braucht eine Bewilligung, auch die Fahrzeuge der Stadt. Hier geht es aber um die Firma, welche die Stadt beliefert. Sie wird die Kosten für die Parkbewilligung natürlich an die Stadt weiterverrechnen, deshalb ist es realistisch, sie hier aufzuführen und in die Berechnung miteinzubeziehen, auch wenn dieses Geld letztlich der Stadt bezahlt würde.

Der Stadtrat will auch ins Rathaus zurück. Die Sprechende nimmt zur Kenntnis, dass man schon vor zwei oder drei Jahren mit der Planung hätte beginnen können. Das wurde eben damals anders priorisiert. Der Stadtrat will sich jetzt die nötige Zeit nehmen, die es braucht, diese zwei Jahre, um den Ratssaal in Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege sorgfältig umzubauen und auszurüsten.

Es wurde noch gesagt, man müsse auch die Kosten für den Kantonsratssaal berücksichtigen. Ein Sitzungstag im Kantonsratssaal kostet die Stadt rund Fr. 2'000.–.

Ratspräsident Christian Hochstrasser lässt über beide Anträge der Geschäftsleitung hier beim Kapitel Dienste Stadtkanzlei abstimmen, obwohl sich der zweite Antrag auf die Abteilung Immobilienmanagement Liegenschaften Verwaltungsvermögen (Seite 132 ff.) bezieht. Inhaltlich gehören die Anträge zusammen.

Der Antrag der Geschäftsleitung

Das Globalbudget der Stadtkanzlei, Leistungsgruppe 111.1 Grosser Stadtrat, ist um Fr. 150'000.– zu erhöhen.

wird mit 22 : 19 : 5 Stimmen angenommen.

Der Antrag der Geschäftsleitung

Das Globalbudget der Dienstabteilung Immobilien (Immobilienmanagement Liegenschaften Verwaltungsvermögen), Leistungsgruppe 514.2 Bau- und Objektmanagement, ist um Fr. 50'000.– zu erhöhen.

wird angenommen.

Ratspräsident Christian Hochstrasser leitet zur Abstimmung über die Protokollbemerkung von Adrian Albisser über, die er folgendermassen versteht: Der Grosse Stadtrat hat jetzt zwar den Kredit für die Massnahmen der 1. Etappe gesprochen, aber die zeitliche Umsetzung wird noch einen Moment dauern. Die Protokollbemerkung verlangt, dass der Grosse Stadtrat, ohne dass die technischen Voraussetzungen, also z. B. eine Mikrofonanlage, schon vorhanden wären, so schnell wie möglich ins Rathaus zurückkehrt.

Jules Gut fragt Adrian Albisser, ob es nicht sinnvoll wäre, die Protokollbemerkung zurückzuziehen, da ja der Grosse Stadtrat jetzt die Kredite für die 1. Etappe gesprochen hat.

Adrian Albisser möchte den Druck aufrechterhalten. Es gibt jetzt einen relativ klaren Entscheid, dass eine Mehrheit des Grossen Stadtrates ins Rathaus zurückwill. Aus Sicht des Sprechenden ist dort tatsächlich ein Ratsbetrieb möglich, auch wenn noch keine tiptopp funktionierende Mikrofonanlage vorhanden ist. Das hat der Grosse Stadtrat früher auch schon erlebt. Mit der Protokollbemerkung wird darauf gedrängt, möglichst rasch ins Rathaus zurückzukehren. Im Verlauf des Ratsbetriebs, der dann wieder im Ratssaal stattfindet, werden die baulichen Massnahmen vorangetrieben. Insofern will der Sprechende die Protokollbemerkung nicht zurückziehen.

Jona Studhalter stellt infrage, ob es wünschenswert ist, dass der Grosse Stadtrat bei fehlender Infrastruktur, fehlender Mikrofonanlage, fehlender Videoübertragung ins Rathaus zurückkehren soll. Er erinnert daran, dass gerade gestern oder vorgestern die SP mit grosser Pauke gegen die Mitte-Ständerätinnen und -Ständeräte losgegangen ist, die gegen die Prämienvorbilligungsinitiative sind, sie nutzte dieses Instrument, damit die Öffentlichkeit weiss, was das Parlament macht. Die SP sollte auch jetzt konsequent sein: Es geht die Öffentlichkeit etwas an, was die Politik entscheidet, deshalb soll sie das auch digital mitverfolgen können.

Marco Müller möchte vonseiten der Verwaltung hören, wann der Grosse Stadtrat, da er jetzt den Kredit für die Massnahmen der 1. Etappe gesprochen hat, voraussichtlich in den Ratssaal zurückkehren könnte. Zuerst muss die Stadt ja ohnehin ein rechtskräftiges Budget haben. Kann man mit einer Rückkehr bis Ende des 1. Quartals des nächsten Jahres rechnen, wird es im Frühling sein oder doch eher im Herbst? Das wäre für die Entscheidung in Bezug auf die Protokollbemerkung hilfreich.

Jules Gut: Die Geschäftsleitung hat relativ ausgiebig über diese Frage diskutiert, und wie der Sprechende es verstanden hat, ist eine Rückkehr des Grossen Stadtrates ohnehin frühestens auf den Juni möglich. Er wäre froh, wenn man das vor der Abstimmung zur Protokollbemerkung vonseiten des Stadtrates noch klären könnte.

Baudirektorin Manuela Jost bestätigt, dass wegen der baulichen Massnahmen, die für die 1. Etappe vorgenommen werden müssen, eine Rückkehr des Grossen Stadtrates in den Ratssaal frühestens Mitte Juni des nächsten Jahres möglich sein wird.

Rieska Dommann würde wünschen, dass die Rückkehr spätestens Mitte Juni möglich ist. Vor dem Hintergrund der jetzt noch gemachten Überlegungen und Angaben würde die FDP-Fraktion die Protokollbemerkung nun ablehnen, es ginge doch eher in Richtung Zwängerei, wenn man das unbedingt durchdrücken wollte. Der Grosse Stadtrat hat nach Ansicht des Sprechenden erreicht, was er wollte, eine zeitnahe, möglichst baldige Rückkehr in den Ratssaal, wie es bei der Diskussion über das Postulat zum Ausdruck kam. Das ist jetzt sichergestellt, und daher ist die FDP-Fraktion damit zufrieden.

Adrian Albisser: Man darf in der Diskussion auch schlauer werden. Der Sprechende nimmt den Stadtrat und die Verwaltung beim Wort und **zieht die Protokollbemerkung zurück**. Aber der Grosse Stadtrat hat aus dieser Diskussion jetzt noch einmal ein klares Bekenntnis zur Rückkehr ins Rathaus mitgenommen. Eigentlich geht es aktuell um den AFP, und daher ist es gut, wenn die Diskussion zum Thema Rückkehr ins Rathaus für den Augenblick geschlossen werden kann.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub hat nichts zum Baulichen zu sagen, aber sie möchte den budgetlosen Zustand in Erinnerung rufen. Während dieser Zeit dürfen keine Aufträge erteilt werden.

Stefan Sägesser ist es ein Anliegen, Silvio Bonzanigo gegenüber klärend festzuhalten, dass der Grosse Stadtrat kein Dienstleistungszentrum ist, sondern ein gewähltes Gremium mit den entsprechenden Aufgaben, Rechten und Pflichten.

Baudirektorin Manuela Jost ist froh um den Hinweis von Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub. Spätestens Mitte Juni: Bei dieser Angabe ist der budgetlose Zustand eingerechnet, den der Stadtrat ja möglichst kurz halten will.

Seite 38 ff. Alter und Gesundheit

Sozialkommissionspräsident Marco Müller stellt folgenden **Antrag** der Sozialkommission:

Das Globalbudget Alter und Gesundheit soll um Fr. 150'000.– erhöht werden, damit die Umsetzung des Pilotprojekts «Gutscheine für selbstbestimmtes Wohnen» durch das ordentliche Budget finanziert werden kann.

Dieser Antrag wurde in der Sozialkommission mit Stichentscheid des Präsidenten überwiesen. Die Begründung des Antrags war, dass bei der Ausarbeitung des B+A «Gutscheine für selbstbestimmtes Wohnen» in der Stadtverwaltung und im Stadtrat vergessen ging, die Gelder auch ins Budget für das nächste Jahr einzusetzen. Man fand dann eine kreative Lösung, indem man vorschlug, die Gutscheine im ersten Jahr über den Margaretha-Binggeli-Fonds zu finanzieren. Die Mehrheit der Sozialkommission möchte jedoch den ordentlichen Weg über das Budget gehen. Ein Argument lautete auch, dass der Sinn des Margaretha-Binggeli-Fonds nicht darin liegt, Finanzierungen zu übernehmen, die eigentlich vom Staat über das ordentliche Budget vorgenommen werden sollten.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die Geschäftsprüfungskommission hat den Antrag der vorberatenden Kommission diskutiert und mit 5 : 6 Stimmen abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag der Sozialkommission

Das Globalbudget Alter und Gesundheit soll um Fr. 150'000.– erhöht werden, damit die Umsetzung des Pilotprojekts «Gutscheine für selbstbestimmtes Wohnen» durch das ordentliche Budget finanziert werden kann.

ergibt einen Stimmengleichstand (23 : 23 : 0).

Im zweiten Durchgang wird der Antrag mit 23 : 22 : 1 Stimmen angenommen.

Seite 42 ff. Soziale Grundversorgung und Soziale Dienste

Sozialkommissionspräsident Marco Müller liest eine Erklärung der Sozialkommission vor:

«Wir befassen uns heute mit dem Budget 2023. Bei der Vorberatung in der Sozialkommission hat sich diese einstimmig (bei einer Abwesenheit) dafür ausgesprochen, rasch und in einem Schritt wesentlich

mehr Ressourcen für die Existenzsicherung, den Erwachsenenschutz sowie den Kinder- und Jugendschutz einzusetzen. Konkret forderte die Sozialkommission, schon ab 2023 die Fallzahl pro Sozialarbeiter/in markant zu senken, 22 neue Vollzeitstellen zu schaffen und jährlich 2,77 Mio. Franken zu investieren.

Aus prozessualen Gründen hat sich die GPK dagegen entschieden, über das vom Stadtrat bereits erarbeitete Budget diese grosse und zweifelsohne nötige Investition zu tätigen. Stattdessen sollen die zwei sich bereits in Planung befindenden Berichte und Anträge abgewartet und der übliche Weg einer separaten Behandlung des Themas in der Fachkommission und später im Parlament gewählt werden.

Die Mitglieder der Sozialkommission nehmen dies so zur Kenntnis. Sie haben darum an der Sitzung vom 24. November 2022 die Anträge zur Erhöhung der Ressourcen der Sozialarbeitenden zurückgezogen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die GPK gemäss ihrer Medienmitteilung vom 11. November 2022 das Anliegen der Sozialkommission grundsätzlich unterstützt und den dringenden Handlungsbedarf sieht. Die Sozialkommission fordert den Stadtrat auf, die zwei in Aussicht gestellten Berichte und Anträge zügig bis im Frühling der Sozialkommission vorzulegen. Zudem wird erwartet, den dringend ausgewiesenen Bedarf an zusätzlichen Ressourcen für alle drei Bereiche und im vollen Umfang in einem Schritt einzuplanen. Denn damit können längerfristig die Ausgaben der Sozialhilfe gesenkt, die Arbeitsbelastung der Sozialarbeitenden verringert und der Fachkräftemangel bekämpft werden. Die Stadt Luzern wird als Arbeitgeberin für Sozialarbeitende wieder attraktiv.

Denn die aktuelle Situation mit der hohen Personalfuktuation in den Sozialen Diensten und die steigende Komplexität der Fälle, welche die Sozialarbeitenden betreuen, erfordern mehr Ressourcen, und zwar dauerhaft und in vollem Umfang. Die Lage ist aktuell sehr prekär; gemäss Angaben der Stadt kommen die Sozialarbeitenden nicht mehr dazu, die Klientinnen und Klienten genügend zu begleiten und zu beraten, um sie von der Sozialhilfe wieder auf den Arbeitsmarkt zu bringen oder um sicherzustellen, dass der Anspruch anderer finanzieller Mittel voll ausgeschöpft wird, bevor die Sozialhilfe subsidiär ausgerichtet wird.

Die Stadt Winterthur konnte die Ausgaben in der Sozialhilfe markant reduzieren, nachdem die Fallzahl pro Mitarbeiter/in markant gesenkt wurde. Auch die Dauer des Sozialhilfebezugs konnte reduziert und eine höhere Sozialhilfe-Ablösequote erzielt werden. Eine von der Stadt Luzern beim Büro BASS in Auftrag gegebene Studie rechnet für die Stadt Luzern mit Einsparungen von 2,4 Mio. Franken, sodass unter Abzug der Investitionen von 1,2 Mio. Franken gar eine Nettoeinsparung von 1,2 Mio. Franken zu erwarten ist.

Mit mehr Stellenprozenten wird es zukünftig wieder möglich sein, Studierende auszubilden, was aktuell aus Zeitgründen nicht möglich ist. Gerade unter dem Aspekt des Fachkräftemangels – auch in der Stadt Luzern fällt es zunehmend schwer, die Stellen zu besetzen – ist dies eine wichtige Investition in die Zukunft. Auch die nationalen Vorgaben der KOKES (Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz) sollen von der Stadt Luzern endlich umgesetzt werden.

Die Mitglieder der Sozialkommission erwarten, dass der Stadtrat und das Stadtparlament die Dringlichkeit der Thematik anerkennen und rasch handeln. Danke für die Kenntnisnahme.»

Ratspräsident Christian Hochstrasser: GPK-Präsident Gianluca Pardini hat in seinem einleitenden Bericht bereits auf diese Anträge und die Beratung in der Geschäftsprüfungskommission dazu Bezug genommen. Darum verzichtet er jetzt auf ein Votum.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Der Stadtrat sieht die Dringlichkeit des Anliegens, es muss eine Senkung der Falllast in den drei Bereichen Existenzsicherung, Kindes- und Erwachsenenschutz geben. Die beiden Berichte sind fertig, sie werden nun das ordentliche stadtinterne Verfahren durchlaufen, das heisst, am 12. Dezember 2022 werden sie in den Mitbericht gehen, die Rückmeldungen erfolgen bis zum 5. Januar 2023. Die erste Lesung im Stadtrat ist für den 18. Januar 2023 vorgesehen, die zweite für den 28. Februar. Die Beratung in der Sozialkommission erfolgt am 23. März, im Grossen Stadtrat am 4. Mai 2023. Die Stadt ist verlässlich, sie erfüllt genau das, was sie zugesagt hat, sie wird den Fahrplan einhalten. Aber sie ist an prozessuale, ordentliche Vorgaben gebunden.

Seite 97 ff. Umweltschutz

Jona Studhalter macht eine kurze Anmerkung zum Legislaturziel Z4.2 (Seite 97): Der Grosse Stadtrat hat beim letzten Legislaturprogramm beschlossen, dass im Legislaturziel Z4.2 der Begriff «Klimakrise» verwendet werden soll und nicht das von Klimaleugnern geprägte Wort «Klimawandel». In diesem B+A ist der Stadtrat diesem Beschluss nicht nachgekommen – der Lapsus sei ihm vergeben. Der Sprechende verweist auf das Postulat 199: «Das Kind beim Namen nennen: Klimakrise», das bald ins Parlament kommt. Dieser Vorstoss ist offensichtlich nötig.

Seite 123–143 Baudirektion

Ratspräsident Christian Hochstrasser erwähnt hier, dass der Grosse Stadtrat bereits über einen Antrag, der diese Direktion betrifft, beschlossen hat.

Seite 226 ff. / 241 ff. Antrag und Beschluss

GPK-Präsident Gianluca Pardini hat in seinem Bericht aus der Kommission schon erwähnt, dass die GPK den **Antrag stellt, den Steuerfuss auf 1,70 Einheiten festzusetzen**. Der Antrag wurde mit 6 : 5 Stimmen angenommen.

Christa Wenger: Die G/JG-Fraktion stellt den Antrag, dass man den Steuerfuss bei 1,75 Einheiten belässt.

Simon Roth: Die SP-Fraktion lehnt die Steuerfussenkung ebenfalls ab. Der Grosse Stadtrat hat heute Morgen am längsten über die temporären Umbauten im Ratsgebäude gesprochen. Das betrachtet der Sprechende ein Stück weit als ein Zeichen einer Art von – er sagt es jetzt einmal so, es wird ein Raunen geben – einer Art von Wohlstandsverwahrlosung. Er will noch einmal die Realität in Erinnerung rufen: Der Median des Reineinkommens in dieser Stadt liegt bei Fr. 50'000.–. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates können sich jetzt überlegen, ob sie über oder unter diesem Median liegen, der Sprechende denkt, der Median in diesem Parlament wird höher sein als der Median der Stadtbevölkerung. Die Ratsmitglieder, die mehr als Fr. 77'000.– Reineinkommen haben, gehören zu den 25 Prozent, die am meisten verdienen. Diejenigen, die sogar mehr als Fr. 116'000.– Reineinkommen im Jahr haben, gehören zu den 10 Prozent mit dem höchsten Einkommen. Nach Ansicht des Sprechenden machen die Mitglieder des Grossen Stadtrates nicht einfach für ihr eigenes Portemonnaie Politik, sondern sie machen Politik für die Gesamtbevölkerung. Es sollen sich doch alle noch einmal überlegen, ob diese Steuerfussenkung wirklich im Interesse der Gesamtbevölkerung ist. Wenn das der Fall ist, sollen sie auch begründen, wieso es der Fall ist. Über solche Zahlen, wie sie der Sprechende eben anführte, hat der Grosse Stadtrat eigentlich nie diskutiert, was die Steuerfussveränderung effektiv bedeutet. Es ist, das räumt der Sprechende ein, vielleicht auch von der links-grünen Seite her eine eher dogmatische Diskussion, sie wurde noch viel zu wenig faktenbasiert und inhaltlich geführt, dass man sich wirklich überlegt hätte, was man mit der Steuersenkung eigentlich erreichen will, ausser eben, dass man gern die Steuern senken würde.

Jona Studhalter: Es sieht bedrohlich nach einer Steuersenkung aus, aber der Sprechende hat noch kein Votum gehört, in welchem dieser Antrag konkret begründet wurde. Darauf hat auch Simon Roth gerade hingewiesen. Der Sprechende betrachtet es als eine Schwäche derjenigen, die dem Antrag zustimmen, dass sie nicht dazu stehen können, wieso sie das machen.

Die Abstimmung zum Antrag der GPK

Die Gemeindesteuer für das Jahr 2023 wird auf 1,70 Einheiten festgesetzt.

ergibt das Stimmenverhältnis 23 : 23 : 0 Stimmen.

In der zweiten Abstimmung wird der Antrag der GPK mit 23 : 22 : 1 Stimmen angenommen.

Johanna Küng: Mit der Senkung des Steuerfusses ist für die Jungen Grünen eine rote Linie überschritten. Durch die Coronapandemie haben die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft weltweit und auch in

der Schweiz noch stärker zugenommen. Zudem steht die Menschheit mit der Klimakrise vor einem Problem, das sich nicht von selber löst. In der Stadt Luzern gibt es genug Orte, wo Handlungsbedarf besteht. Es ist die Aufgabe der Stadt zu investieren, damit das städtische Vermögen der gesamten Bevölkerung zugutekommt. Steuern können dazu beitragen, die Chancenungleichheit zu vermindern und die Umverteilung zu fördern. Zudem wird in den nächsten Jahren mit hohen Ausgaben gerechnet. Jetzt ist nicht der Zeitpunkt, für ein kurzfristiges Glück die Steuern zu senken. Die Jungen Grünen wollen nicht wieder sparen oder auf wichtige Projekte verzichten, sondern lieber in eine lebenswerte Stadt investieren. Darum werden sie mit der Senkung des Steuerfusses das Budget nicht annehmen können.

Ratspräsident Christian Hochstrasser: Aufgrund der Anträge, die überwiesen wurden, gibt es Anpassungen im Bereich des Budgetaufwands, des Budgetertrags, beim Aufwandüberschuss, sowie natürlich beim Steuersatz. Die Sitzung wird deshalb jetzt für die Mittagspause unterbrochen. Die Mitarbeitenden der Finanzverwaltung werden das angepasste Beschlussdispositiv (Seite 228 in der gedruckten Version oder Seite 243 in der PDF-Version) sobald als möglich in der mobilen Sitzungsvorbereitung aufschalten. Nach der Mittagspause wird der Grosse Stadtrat die Schlussabstimmung über AFP und Budget durchführen.

Mittagspause 11.55 – 13.30 Uhr

Ratspräsident Christian Hochstrasser: In der mobilen Sitzungsvorbereitung wurde inzwischen das angepasste Abstimmungsdispositiv mit den neuen Zahlen aufgeschaltet.

Christa Wenger: Wie allen bekannt ist, sind die Mehrheitsverhältnisse in diesem Parlament im Moment sehr knapp. Schon ein Krankheitsfall kann sehr viel ändern. Die G/JG-Fraktion will keine Steuersenkung, aber sie wertet das gute Funktionieren und Weiterarbeiten der Stadt Luzern sehr hoch. Darum will sie eine möglichst kurze budgetlose Zeit. Sie will, dass der budgetlose Zustand möglichst kurz dauert und die geplanten Projekte möglichst schnell umgesetzt werden können, vor allem in Bezug auf die Massnahmen der Klimastrategie. Der G/JG-Fraktion bedeutet die Sicherheit der Arbeitnehmenden viel. Auch die Kulturinstitutionen sollen weiterarbeiten können. Das sind ein paar Beispiele von Bereichen, in welchen die Arbeiten möglichst bald wie geplant weiterlaufen können sollen. Darum wird eine Mehrheit der Fraktion trotz der Steuersenkung dem Budget zustimmen.

I. Der Grosse Stadtrat nimmt vom Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2023 bis 2026 Kenntnis.

II.

Über die Ziffern 1 bis 4 wird gemeinsam abgestimmt. **Ratspräsident Christian Hochstrasser** liest sie vor.

- 1. Das Budget für das Jahr 2023 für die Erfolgsrechnung mit einem Gesamtaufwand von Fr. 794'694'000.– und einem Gesamtertrag von Fr. 774'212'100.–, somit einem Aufwandüberschuss von Fr. 20'481'900.–, wird beschlossen.**
- 2. Die Gemeindesteuer für das Jahr 2023 wird auf 1,70 Einheiten festgesetzt.**
- 3. Das Budget für das Jahr 2023 für die Investitionsrechnung mit Bruttoinvestitionen von Fr. 84'475'900.– wird beschlossen.**
- 4. Die Globalbudgets der Aufgaben (Nettokredit der Erfolgsrechnung und Bruttokredit der Investitionsrechnung) für das Jahr 2023 und die zugehörigen politischen Leistungsaufträge werden beschlossen.**

Der Grosse Stadtrat beschliesst Ziffer II mit den angepassten Zahlen mit 31 : 4 : 11 Stimmen.

- III. Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 46 : 0 : 0 Stimmen für die Beiträge aus dem Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport einen Sonderkredit von Fr. 3'585'400.–.**
- IV. Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 46 : 0 : 0 Stimmen für zusätzliche Stellenprozente und Sachkosten bei der Dienstabteilung Stadtkanzlei, Bereich Kommunikation, einen Sonderkredit von Fr. 1'015'000.–.**
- V. Der Beschluss gemäss der Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum, die Beschlüsse gemäss Ziffern III und IV unterliegen je einzeln dem fakultativen Referendum.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 26 vom 21. September 2022 betreffend

Aufgaben- und Finanzplan AFP 2023–2026 der Stadt Luzern,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, in Anwendung von § 13 Abs. 2 lit. b des Gemeindegesetzes vom 4. Mai 2004, § 8 Abs. 1, § 10 Abs. 1 und § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016, Art. 12 Abs. 1 Ziff. 4, Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 67 lit. a Ziff. 1, Art 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. a Ziff. 1 und lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 11 des Reglements über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport vom 27. Juni 1991,

beschliesst:

- I. Vom Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2023 bis 2026 wird Kenntnis genommen.
- II.
 - 1. Das Budget für das Jahr 2023 für die Erfolgsrechnung mit einem Gesamtaufwand von Fr. 794'694'000.– und einem Gesamtertrag von Fr. 774'212'100.–, somit einem Aufwandüberschuss von Fr. 20'481'900.–, wird beschlossen.
 - 2. Die Gemeindesteuer für das Jahr 2023 wird auf 1,70 Einheiten festgesetzt.
 - 3. Das Budget für das Jahr 2023 für die Investitionsrechnung mit Bruttoinvestitionen von Fr. 84'475'900.– wird beschlossen.
 - 4. Die Globalbudgets der Aufgaben (Nettokredit der Erfolgsrechnung und Bruttokredit der Investitionsrechnung) für das Jahr 2023 und die zugehörigen politischen Leistungsaufträge werden beschlossen.
- III. Für die Beiträge aus dem Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport wird ein Sonderkredit von Fr. 3'585'400.– bewilligt (Kulturteil: Fr. 2'423'000.– gemäss Aufstellung S. 212 f., Sportteil: Fr. 1'162'400.– gemäss Aufstellung S. 214).
- IV. Für zusätzliche Stellenprozente und Sachkosten bei der Dienstabteilung Stadtkanzlei, Bereich Kommunikation (spezialisierte Fachbearbeitung 60 %, Stellen-ID-Nummer offen), per 1. Januar 2023 wird ein Sonderkredit von Fr. 1'015'000.– bewilligt (gemäss Erläuterungen auf S. 31).
- V. Der Beschluss gemäss der Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum, die Beschlüsse gemäss Ziffern III und IV unterliegen je einzeln dem fakultativen Referendum.

- 5 **Bericht und Antrag 31 vom 28. September 2022:**
 Beteiligungsstrategie 2023–2026
 – Übergeordnete normative und politische Vorgaben für wichtige Beteiligungen
- 6 **Bericht und Antrag 28 vom 21. September 2022:**
 Fachstelle Gleichstellung Stadt Luzern
 – Aufbau, Aufgaben und Organisation
 – Abschreibung Motion 249
- 7 **Interpellation 177, Mirjam Fries und Peter Gmür namens der Mitte-Fraktion**
 vom 13. Mai 2022:
 Buvette auf dem Europaplatz
- 8 **Postulat 190, Claudio Soldati, Raphaela Meyenberg und Mario Stübi namens der**
 SP-Fraktion
 vom 19. Juli 2022:
 «Housing First» in Luzern

Schluss der Sitzung: 16.40 Uhr

Luzern, 15. Dezember 2022

Der Protokollführer:



Franz Lienhard

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin

Die Protokollführerin:



Karin Spinnler Schmid